

60 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 20 Jahre Fall der Berliner Mauer

1.

Ich danke Ihnen für die Einladung, Überlegungen über die jüngere Geschichte Deutschlands und Europas mit Ihnen zu teilen. Lassen Sie mich dabei zunächst eines hervorheben: Die deutsche Einheit, die wir nächstes Jahr feiern werden, ist in erster Linie eine deutsche Angelegenheit. Der Fall der Mauer dagegen ist ein Ereignis, das die Völker Europas und die Menschen über Europa hinaus betrifft. Deshalb ist es reizvoll, dieses Ereignis, wie Sie es tun, in Relation zur Geschichte der Bundesrepublik zu setzen.

Die anderen Europäer haben früher gerne gesagt, die Deutschen machten deshalb nie eine Revolution, weil die Regierung das Verlassen des Trottoirs verbiete. Aber diese Deutschen (und zwar die Ostdeutschen) haben 1989, vor 20 Jahren, die folgenreichste Revolution der europäischen Geschichte angestoßen, und eine nahezu unblutige dazu. Durch die am 09. November 1989 begonnene Revolution in der DDR und im gesamten sowjetischen Herrschaftsbereich wurde die tagtägliche Bedrohung des Lebens der Menschen in ganz Europa beendet. Der Weg in die politische und wirtschaftliche Freiheit für die Menschen der östlichen Hälfte Europas wurde frei, und damit eröffneten sich den Europäern ganz neue Wege und Möglichkeiten zur Gestaltung ihrer eigenen Zukunft im 21. Jahrhundert.

2.

Nun ist es eine interessante Frage, wie es möglich war, dass solch eine nahezu unblutige Revolution stattfand UND dass wir seither einen so erfolgreichen Transformationsprozess miterleben können. Erfolge wie Probleme hängen eng mit der Entwicklung Westdeutschlands, der Bundesrepublik Deutschland, zusammen. Einige aussagekräftige Beispiele:

2.1

Rechtsstaatlichkeit: Dies mag gerade in Japan seltsam anmuten, gilt doch gerade hier Deutschland traditionell als ein Land des mit am weitest entwickelte Rechtssystems. Die Bürger der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland hatten aber 12 Jahre lang einen Unrechtsstaat erlebt, und zwar einen Unrechtsstaat, der sich nicht nur in der willkürlichen Anwendung von „Recht“ zeigte, sondern vielmehr in der Pervertierung des Rechts. Das Unrecht stützte sich stets auf Paragraphen und schien damit formal rechtsgebunden zu sein. Im Effekt fielen Moral und Recht aber so weit auseinander, wie es der Grundgedanke der Rechtsphilosophie eben nicht vorsieht. Dies ist beispielsweise zu sehen bei den Soldaten, die ihren Eid auf Hitler schworen und dann auf dieser „Rechtsgrundlage“ „im Namen des Führers“ Unrechtstaten begingen. Die Pervertierung führte zu einem „Rechts“-Gefühl, wie es sich noch Jahrzehnte nach dem Krieg im bekannt gewordenen Satz eines ehemaligen Marinerichters ausdrückte, der sagte: „Was damals Recht gewesen ist, kann heute nicht Unrecht sein.“ Aber - genau das war der Fall.

Nach der Gründung der Bundesrepublik ging es für den Juristen Bundeskanzler Adenauer also darum, Recht und Gesetz auf ihren ursprünglichen Sinn zurückzuführen, und damit Moral und Recht wieder zusammenzuführen. Den Höhepunkt dieser Entwicklung, die wir vor allem in den 50er und 60er Jahren ansiedeln können, stellt wohl der Auschwitz-Prozess in Frankfurt dar, in dem diese Probleme einer weiten Öffentlichkeit erkennbar wurden. Im weiteren Verlauf dieser Entwicklung entstand eine neue, jetzt moralisch fundierte Rechtssicherheit und damit Rechtsvertrauen, wie es einem Rechtsstaat angemessen ist. Man sieht in der Folge heute geradezu einen zivilisatorischen Fortschritt in der Fortentwicklung des Rechts, zu erkennen in der

Bereitschaft der Bürger, nicht nur in Streitfällen gegeneinander vor Gericht zu gehen, sondern in größerer Zahl auch bei grundsätzlichen Fragen selbst das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anzurufen. Dieses moderne Gefühl für Rechtsstaatlichkeit war wichtig bei der deutschen Einigung und bei der späteren Erweiterung der Europäischen Union. Es musste ja in der ehemaligen DDR ebenso wie im ehemaligen Ostblock nicht nur das Recht neu geschrieben werden, dem Recht der Bundesrepublik bzw. dem Recht der Europäischen Union angepasst werden, sondern die Richter mussten verstehen, wie dieses Recht anzuwenden ist, Staatsanwälte und Polizisten, ebenso wie die Verwaltung mussten verstehen, warum welche Rechtsvorschrift wie lautet und welcher Moral ihr zugrunde liegt. Und schließlich muss jeder einzelne Bürger ausreichend auf dieses Recht vertrauen.

2.2

Demokratisierung, am ehesten erkennbar im gesellschaftlich-kulturellen Umbruch der 60er und 70er Jahre in der Bundesrepublik. Das Kernelement von Demokratie ist, dass Regierungen abgewählt werden können, und zwar jederzeit. Dies führt zur Notwendigkeit von Transparenz und Rechenschaftslegung für die Exekutive wie für die Legislative. Nach Wiedereinführung der Demokratie in der Bundesrepublik war dieses Konzept für die ihm eher entwöhnten Bundesdeutschen zunächst schwer zu übernehmen. Stabilität stand im Vordergrund der Hoffnungen der Bevölkerung - nach dem Krieg verständlich genug - und „Keine Experimente!“ war ein berühmter Wahlslogan der 50er Jahre. Erst allmählich wurden „Experimente“ denkbar, und damit auch das Risiko, das mit einem Regierungswechsel immer verbunden ist: „Mehr Demokratie wagen!“ war schließlich Willy Brandts bekannte Ankündigung. Letzten Endes gelangen mit den Bewegungen der Gesellschaft in den 60er und 70er Jahren drei Dinge:

- Aus der Enttäuschung über die Verwicklung in einen als Unrecht empfundenen Krieg – dem Vietnam-Krieg der USA - erwuchs eine echte politische Opposition.
- Mit der Reformbewegung gegen verkrustete Strukturen, insbesondere im Bildungswesen („Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren!“) eröffneten sich neue kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten.
- Die Frauenemanzipationsbewegung schließlich gab der Modernisierung der Gesellschaft des Landes völlig neue Impulse.

Allmählich schlug die Demokratie in einer Weise in der Bundesrepublik Wurzeln, wie dies während der Zeit der Weimarer Demokratie, erst recht im Kaiserreich, undenkbar gewesen war. Wichtig bei der Deutschen Einheit und bei der EU-Erweiterung war dieses demokratische Bewusstsein schon deswegen, weil große Teile der Bevölkerung in demokratischen gesellschaftlichen Strukturen zu leben gewohnt waren und damit auch für den Umgang mit innerpolitischen Schwierigkeiten Mechanismen entwickelt hatten. Dies hieß schließlich auch Integration derjenigen Gruppen, die unter kommunistischer Herrschaft die Elite dargestellt hatten – selbst das Miteinander mit den Mitarbeitern der Sicherheitskräfte musste erträglich und möglich gemacht werden. Nur weil das gelang, ist die europäische Revolution nach dem Jahr 1989 weitgehend unblutig verlaufen und hat zur Entwicklung und Stärkung eines allmählichen Vertrauens in die neuen gesellschaftlichen und politischen Institutionen geführt.

2.3

Das Wachsen eines internationalen Verantwortungsbewusstseins in den 70er und 80er Jahren: Während der Zeit der Teilung Deutschlands standen die daraus resultierenden Probleme - insbesondere die existentielle Bedrohung durch Atomwaffen – im Vordergrund des Bewusstseins. Außenpolitik wurde zwar Richtung Westen betrieben – mit der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und den Prozessen der Aussöhnung mit Israel und mit unseren westlichen Nachbarn. Im Vordergrund der Aufmerksamkeit aber stand der Kalte Krieg und die Bedrohung durch die Sowjetunion. Erst als die daraus resultierende internationale Unbeweglichkeit und die Ausweglosigkeit dieser Situation ins Bewusstsein drangen, begann der Versuch ihrer Auflösung

durch die Verträge mit mehreren Staaten in Osteuropa und schließlich mit dem Deutschlandvertrag. Willy Brandt hat hierfür den Friedensnobelpreis erhalten. Aber was indirekt und weiterführend dadurch erreicht wurde, war internationale Bewegungsfähigkeit (z. B. der VN-Beitritt beider deutscher Staaten) und das Wachsen des Bewusstseins für die deutsche internationale Verantwortung in einem langsamen Lernprozess, etwa bei der Arbeit in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Erfolg dieser Entwicklung war insbesondere bei der deutschen Einigung und später bei der neuen Einheit Europas wichtig, als das Misstrauen gegenüber Deutschland und dem vielleicht neuen starken Deutschland für einige Monate wiedererwachte. Mit den 2+4-Gesprächen gelang es Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher, dieses Misstrauen formell beizulegen und Deutschland zur Souveränität zu führen. Wichtiger aber war noch, dass die Außenpolitik Deutschlands sehr rasch das Vertrauen der Nachbarn fand und erst damit der Prozess, der zur Erweiterung der Europäischen Union führte, eingeleitet werden konnte. Gerade diesem Prozess ist das eingangs beschriebene Vertrauen der Europäer in ihre eigene Handlungsfähigkeit zu danken.

2.4

In der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland gab es unzählige Probleme, und einige davon wirkten sich negativ auch nach der Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands aus. So etwa der Vorrang materieller Problemlösungen, insbesondere bei politisch schwer durchsetzbaren Strukturveränderungen. Das Wirtschaftswunder ließ uns glauben, dass Probleme grundsätzlich mit finanzieller Hilfe lösbar sind – und so sind wir oft auch an die nach der Einigung entstandenen Probleme herangegangen. Ein oft nicht ausreichendes Vertrauen in die Robustheit der bundesdeutschen Form von Regierungsführung ist nach dem Erreichen der Einheit neu gestiegen und wird oft als Legitimitätsproblem der politischen Führung mit all den bei den Wahlen sichtbaren Auswirkungen verstanden. Schließlich die zunehmende Unsicherheit, ob die deutsche Gesellschaft fähig ist, soziale Gerechtigkeit auch im Zeitalter sich rasch entwickelnder Globalisierung zu gewährleisten.

3.

Sowohl bei der Bewältigung der neuen Probleme als auch bei der Fortführung der errungenen Erfolge geht es heute darum, diese Entwicklung durch die Arbeit der Europäischen Union zu kanalisieren. Nur so ist die allmähliche Angleichung der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der der anderen europäischen Staaten und schließlich der neuen Mitgliedstaaten möglich. Zugespitzt lässt sich sagen, dass die heutige Einigung Europas ein Nachvollzug des Prozesses ist, den wir mit der Einigung Deutschlands vorleben. Daher sollten wir noch einen Blick auf diesen europäischen Einigungsprozess werden.

Die Erweiterung der Europäischen Union war zunächst notwendig, um den Menschen Mittelost- und Südosteuropas nachträglich die Chance zu eröffnen, an der Integration Europas teilzuhaben. Die neuen Mitglieder ebenso wie jene, die noch auf dem Weg zur Mitgliedschaft sind, profitierten von dieser Erweiterung schon vor dem eigentlichen Beitritt dadurch, dass ein rapider Modernisierungsprozess nicht nur der Wirtschaft, sondern auch von Verwaltung, Justiz und Regierungsführung unabdingbar war. Die alten Mitglieder profitierten, wie bei jeder bisherigen Erweiterungsrunde, durch die Vergrößerung des freien Binnenmarktes und die Chancen zur Stärkung auch im internationalen Wettbewerb. Gewiss fehlt den neuen Mitgliedern vorläufig noch die Erfahrung jener Vorteile, die die Teilabgabe von Souveränität mit sich bringt. Die Mechanismen der EU funktionierten daher nur noch mit Not. Gerade daraus sind aber neue kreative Antworten erwachsen: Zunächst der Euro, jetzt (nach den Problemen mit dem Versuch, Europa eine Verfassung zu geben) der Vertrag von Lissabon. Unterdessen hat sich die EU aber bereits wieder weiter fortentwickelt. Das Engagement der EU in Afghanistan wäre vor 20 Jahren undenkbar gewesen. Die initiale Rolle der EU bei der Bekämpfung der Piraterie im Indischen Ozean ist ein noch deutlicheres Beispiel. Ähnlich sind alle zivilen und militärischen ESVP-Missionen Teile des neu

durch die EU entwickelten Instrumentariums der internationalen Politik. Die EU bewegt sich mehr als jeder andere Staat oder jede andere Staatengemeinschaft bereits jenseits der Grenzen traditioneller Außenpolitik. Sie betreibt echte Politik in der Globalisierung, Politik des 21. Jahrhunderts. Sie betreibt sie aus dem unvergleichlichen Selbstgefühl heraus, mit der Revolution von 1989/90 die Welt zu ihrem Besseren verändert zu haben.

4.

Vor diesem Hintergrund eines dynamischen, vor allem aber kreativen und weltoffenen Europas wird jetzt die neue Außenpolitik der EU unter dem Vertrag von Lissabon und zugleich die neue deutsche Außenpolitik als Ausdruck des Wesens der größer gewordenen Bundesrepublik in einer größer gewordenen neuen Europäischen Union betrieben werden.

Ich lade Sie ein, die weitere Entwicklung gemeinsam mit uns zu verfolgen!

Besten Dank.